

Antrag nach § 24 der Gemeindeordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bitte um Berücksichtigung meines Anliegens:

Gegenstand:

Auf allen Seiten der Stadt Köln ist ein Button für die Firma Facebook platziert. Die Nutzung wird vom Presse- und Informationsamt der Stadt Köln so begründet: "Die Nutzung der Social Media Accounts, darunter Facebook, ergibt sich aus dem Informationsauftrag, den die Stadt Köln, wie andere Behörden auch, erfüllen muss. Ein Ratsbeschluss (dazu) war demnach nicht nötig."

Antrag:

Ich beantrage, der Rat der Stadt Köln soll diese Entscheidung überprüfen und rückgängig machen. Er soll beschließen, alle Links auf Facebook, Twitter, Instagram und Co. von den Seiten der Stadt Köln zu entfernen.

Begründung:

Die Wirkungsmacht der sogenannten sozialen Medien ist erheblich gewachsen. Die jüngsten Ereignisse in den USA, Australien und Myanmar belegen das. Facebook ist keine soziale Plattform mehr, die die ungehinderte Kommunikation von Mensch zu Mensch ermöglicht. Das Unternehmen ist zu einem politischen Akteur geworden.

Anders als z.B. Telekommunikationsunternehmen wie Netcologne oder Telekom, übermittelt Facebook Nachrichten nicht 1:1, sondern zensiert, kommentiert, sperrt oder gewährt den Nachrichten-Transport nach Belieben und verkauft die Nutzerdaten.

Diesen Partner auf die Seiten der Stadt einzuladen, überschreitet die Zuständigkeit der Verwaltung. Nur das politische Gremium Rat der Stadt Köln kann dem Unternehmen Zugang zu den städtischen Seiten gewähren oder versagen.

Wenn eine Diskussion und Beschlussfassung bislang nicht stattgefunden hat, muss das dringend nachgeholt werden.

Rolf Bauerfeind

Köln, den 02.03.21